

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

207 (6.5.1919) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Weltweit größte Bezieserzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Redaktion Telef. Nr. 300.

Verantwortl. für den Inhalt: Albert Gersow. Oberredakteur: Albert Gersow.

Manuskript: Die einwärtige Grundgesetzliche Nr. 1. Die Reichsliste 1. 7. 1919. Nr. 1. 7. 1919. Nr. 1. 7. 1919.

Bei Abbestellungen facsimile Kopie, die bei Nichterhaltung des Hefts, bei gerichtl. Beitreibungen u. Kontingen außer Kraft tritt.

Nr. 207.

Karlsruhe, Dienstag den 6. Mai 1919.

35. Jahrgang.

Die Versailler Verhandlungen.

Sur Ueberreichung des Friedensvertrages. Paris, 5. Mai. Die Friedenspräliminarien wurden am Sonntag abend endgültig vereinigt.

Paris, 5. Mai. Laut „Echo de Paris“ wird der Friedensvertrag im wesentlichen folgende Kapitel umfassen: Einleitung, deutsche Grenzbestimmung, über die Grenzveränderungen, deutsche Kolonien, Bestimmungen militärischer, see- und lufttechnischer Natur.

Paris, 5. Mai. Wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, sind die für den 6. Mai nach Syon anbeordneten Verhandlungen über Kohstofflieferungen ebenfalls nach Versailles und zwar für den 9. Mai verlegt worden.

Versailles, 5. Mai. Auf die Anfrage der deutschen Delegation, wann das Friedensdokument in Uebereinstimmung mit dem Vertrag von Versailles eingegangen, daß die Ueberreichung am Mittwoch, den 7. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Trianon-Palast-Hotel stattfinden werde.

Die Mitteilung der Präliminarien. Paris, 6. Mai. Die Präliminarien werden heute nachmittags in einer geheimen Sitzung allen Delegierten der Staaten, die Deutschland den Krieg erklärten, oder die Beziehungen zu ihm abgebrochen hatten, mitgeteilt werden.

Clemenceau und die französische Kammer. Versailles, 6. Mai. (Privat.) Der gestrige französische Ministerrat wurde verlegt. Als die Vertragstexte vorgelegt worden sind, hat Clemenceau zur Begründung der französischen Offensivität mitgeteilt, daß der Text allgemein befriedigt habe.

Paris, 6. Mai. Die Kammer ihre letzte Sitzung abhalten. Sie wird den Haushalt und eine neue innere Anleihe zu bewilligen und den Zeitpunkt der neuen Wahlen zu bestimmen haben.

Nachdem, 6. Mai. (Privat.) „Morning Post“ meldet aus Paris: Die verlegte Sitzung des Kammerauschusses des Auswärtigen ist für den 9. Mai zusammenzurufen. Clemenceau wird in ihr den Friedensvertrag mit Deutschland begründen, um in den bevorstehenden Kammerdebatten die drohende Opposition der Sozialisten nach Möglichkeit auszugleichen.

Die deutschen Instruktionen. Berlin, 6. Mai. (Privat.) Wie wir erfahren, sind unsere Unterhändler in Versailles an ganz bestimmte Instruktionen der deutschen Regierung gebunden.

Eine deutsche Wirtschaftskommission in Versailles. Versailles, 6. Mai. (Privat.) Für die Bearbeitung wirtschaftlicher Angelegenheiten wird aus Sachverständigen und Kommissaren eine Wirtschaftskommission eingerichtet.

Der Schaffen. Roman von Elise Stieler-Marschall. Gesehene Formel für den Inhalt des Inhalts in den Vereinigten Staaten von Amerika: Copyright 1918 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

Frau Hämmerling trauerte um jede Fliederblüte, die verblühten im eigenen Heim. Der Garten in der Allee stand zu bezaubern, Park und Allee, alles war eine einzige jauchzend blühende Wälderfeier.

Frau Hämmerling konnte sich nicht denken daß eine ansehendere reiche Schönheit in späteren Wochen noch einmal erwohlt werden könne. . . und dort auf der Höhe des Gebirges, wo die beiden wanderten, war es gewiß noch rauh, und sie verstaubten alles Blüten.

Am Morgen nach der Hochzeit war Frau Hämmerling ganz in Gedanken. Ihre lieben alten Dinge, die sie aus einer langen Glückseligkeit durch alle Sorgenjahre hindurch gerettet hatte, waren bald nach ihr eingetroffen und sie hatte sich die drei Stuben im Erdgeschoß, die Hans nach liebevoller Wahl für sie bestimmt hatte, behaglich eingerichtet.

Sie glaubte noch immer in einem wunderbaren Traum befangen zu sein, der eines Tages zerrinnen müsse. Und dann würde sie sich wieder in der Bohrauerstraße zu Breslau finden, in ihren geliebten, die ihr Gatte ihr als einziges Erbe hinterlassen hatte.

Über nein, nein. Die Wälderfeier reichten sich einander mit goldenen Morgen voll Lebenslust an blaue Abende voll

beseht Gebiete, für Handel, Schifffahrt und Blockade und für Finanzfragen.

Wählerrecht und Verfassungsrecht. Berlin, 5. Mai. Der „Tempo“ hatte Bedenken gegen die deutschen Vorschläge gebracht. Nach der Anschauung der hiesigen zuständigen Stellen ist aber dabei Wählerrecht und Verfassungsrecht verwechselt.

Der Pariser Arbeiterbund gegen einen Diktatfrieden. Sch. Rotterdam, 6. Mai. (Privat.) Der Pariser Arbeiterbund verbreitet Flugblätter, die zum Generalkrieg gegen den Diktatfrieden auffordern.

Heimtransport aller amerikanischen Truppen in Europa. Washington, 5. Mai. (Durch Funkpruch.) Soeben wird die Nachricht bestätigt, daß auch die in Deutschland befindlichen amerikanischen Truppen nach den Hofenflügen in Marsch gesetzt und nach den Vereinigten Staaten verladen werden.

Amerika und Deutschland. Berlin, 6. Mai. Der „Germania“ wird aus Versailles geschrieben: Von amerikanischer Seite wird in bemerkenswerter Weise vermischt, Stimmung dafür zu machen, daß Deutschland den Frieden annehmen müsse, wenn er auch noch so schwer und hart sei.

Die italienische Frage. Paris, 5. Mai. Bezüglich Italien haben die drei Staatsmänner eine Entscheidung noch nicht getroffen, doch ist am Samstag abend im Ministerium des Auswärtigen ein längeres Telegramm De Lauro über die Lage eingetroffen.

Italienische Drohungen gegen England. London, 6. Mai. (Privat.) Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet seinem Blatte, daß in der italienischen Kammer eine Kampagne gegen England geführt werde.

Die belgischen Schwierigkeiten. Versailles, 6. Mai. (Privat.) Die belgische Delegation wegen zu geringer Höhe der Entschädigungssumme ruft in Paris andauernd erhebliche Schwierigkeiten hervor.

Die belgischen Schwierigkeiten. Versailles, 6. Mai. (Privat.) Die belgische Delegation wegen zu geringer Höhe der Entschädigungssumme ruft in Paris andauernd erhebliche Schwierigkeiten hervor.

Ein Ultimatum Japans? Basel, 6. Mai. (Privat.) Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ aus autoritativer Quelle hat Japan an Lloyd George und Clemenceau ein in energischem Ton gehaltenes Ultimatum geschickt.

Die Kabelefrage. Versailles, 6. Mai. Einer Pariser Meldung der „Daily Mail“ zufolge ist die Nachricht vertrieht, wonach die deutschen Kabel unter

Faus vorüber bis in die Nähe des Lichtdenkmals und wieder zurück. Da begegneten ihr immer die gleichen alten Herren, einzeln und auch in kleinen Gruppen.

Sie mußte sich erst ein wenig an diese Gemütslichkeit gewöhnen, errödete jedesmal, wenn ein so freundlicher Beifall sie vertraulich anredete, von dem sie weder Stand noch Namen noch irgend das Geringste wußte oder auch nur verlangen trug, es zu erfahren.

Dann lernte Frau Hämmerling auf der Dienstmädchensuche mancherlei Leute kennen, auch Damen ihres Alters, die sie auf das Inländische baten, es doch nicht nur auf dieser losen, geschäftlichen Verbindung beruhen zu lassen.

Dies alles war so heiter und so voller Behaglichkeitszauber, daß es der vom Schicksal wahrlich nicht verwöhnten Frau das Herz wärmte, Rosen auf ihren schmalen Wangen aufblühen ließ und ihre Augen wieder jung machte.

Dann kamen die Kinder. Und bewunderten schon auf dem Bahnhof die Mutter, daß sie so schön geworden sei. Sie wurde rot wie ein junges Mädchen und lachte froh und sagte: „Ja, das macht Weimar und der Mai. Ihr werdet nun auch erleben, wie wunderbar das hier ist, daß man ganz schnell ein anderer wird.“

Wenn sie, sie liebte das sehr, durch die feinen, sauberen und vornehm stillen Straßen der Stadt schritt, hatte sie an jedem Tage mehr Angst um all die Rot- und Weißdornpracht, die zwischen die Häuser Mailust trug und Gärten auf das graue Pflaster gauderte.

Frau Hämmerling knüpfte auch schon allerlei Bekanntschaften und Beziehungen an. Erstens ging sie an jedem Tag in der Mittagsstunde den breiten Weg im Park am Römischen

er den belgischen Bevollmächtigten nahe lege, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, wenn Belgien nicht volle Entschädigung erhalten würde.

Paris, 6. Mai. Savas-Neuter. Der „Soir“ meldet: Der Kronrat war gleichfalls der Ansicht, daß wenn beim endgültigen Vertrage nicht durch finanzielle Maßnahmen und durch Zusage diplomatischen Beistandes bei den für Belgiens Sicherheit vordringenden Forderungen die Bedingungen geschaffen, die für die schnelle Wiederaufrichtung Belgiens unentbehrlich seien, die Regierung verpflichtet sei, der Kammer ihren Rücktritt anzugeben.

Paris, 6. Mai. Agence Havas-Neuter. Der Ministerpräsident sagte in einer Erklärung, die er bezüglich des Ergebnisses der Verhandlungen in Paris abgab: „Wir können einer glänzenden Zukunft entgegen sehen, wenn unsere Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete erfüllt werden und die Frage unserer Auswärtigen Angelegenheiten endlich geregelt ist und wenn wir zu einem aufrichtigen wirtschaftlichen Uebereinkommen mit Holland und Luxemburg gelangen.“

Innerhalb des Kronrates herrscht eine Meinung bezüglich der Politik, die verfolgt werden muß, um die Revision des Vertrages von 1839 zu verlangen. Die Kommission der Kammer für auswärtige Angelegenheiten nahm eine Darlegung Symans bezüglich der Pariser Verhandlungen entgegen.

Belgische Agitation in Malmédy. Berlin, 5. Mai. Die „Nation Belge“ vom 2. Mai enthält unter der Ueberschrift „Ein Heubild in Malmédy“ die Angabe, daß dortselbst 2 Millionen Franken auf die belgische Nationalanleihe gezeichnet worden seien.

„Künnungen“ zum Friedensschluß. Sch. Rotterdam, 6. Mai. (Privat.) „Times“ melden aus Paris: Der Oberbefehlshaber der Alliierten-Armee hat alle Urlaube für die Zeit vom 15. bis 20. Mai zurückgenommen.

Sch. Düsseldorf, 6. Mai. (Privat.) Die Belgier ziehen an den Rheinübergängen seit Tagen große Truppenmassen zusammen. Die Rheinbrücken sind mit belgischer Artillerie besetzt.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden. Ein Ultimatum Japans? Basel, 6. Mai. (Privat.) Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ aus autoritativer Quelle hat Japan an Lloyd George und Clemenceau ein in energischem Ton gehaltenes Ultimatum geschickt.

Die Kabelefrage. Versailles, 6. Mai. Einer Pariser Meldung der „Daily Mail“ zufolge ist die Nachricht vertrieht, wonach die deutschen Kabel unter

Faus vorüber bis in die Nähe des Lichtdenkmals und wieder zurück. Da begegneten ihr immer die gleichen alten Herren, einzeln und auch in kleinen Gruppen.

Sie mußte sich erst ein wenig an diese Gemütslichkeit gewöhnen, errödete jedesmal, wenn ein so freundlicher Beifall sie vertraulich anredete, von dem sie weder Stand noch Namen noch irgend das Geringste wußte oder auch nur verlangen trug, es zu erfahren.

Dann lernte Frau Hämmerling auf der Dienstmädchensuche mancherlei Leute kennen, auch Damen ihres Alters, die sie auf das Inländische baten, es doch nicht nur auf dieser losen, geschäftlichen Verbindung beruhen zu lassen.

Dies alles war so heiter und so voller Behaglichkeitszauber, daß es der vom Schicksal wahrlich nicht verwöhnten Frau das Herz wärmte, Rosen auf ihren schmalen Wangen aufblühen ließ und ihre Augen wieder jung machte.

Dann kamen die Kinder. Und bewunderten schon auf dem Bahnhof die Mutter, daß sie so schön geworden sei. Sie wurde rot wie ein junges Mädchen und lachte froh und sagte: „Ja, das macht Weimar und der Mai. Ihr werdet nun auch erleben, wie wunderbar das hier ist, daß man ganz schnell ein anderer wird.“

Wenn sie, sie liebte das sehr, durch die feinen, sauberen und vornehm stillen Straßen der Stadt schritt, hatte sie an jedem Tage mehr Angst um all die Rot- und Weißdornpracht, die zwischen die Häuser Mailust trug und Gärten auf das graue Pflaster gauderte.

Frau Hämmerling knüpfte auch schon allerlei Bekanntschaften und Beziehungen an. Erstens ging sie an jedem Tag in der Mittagsstunde den breiten Weg im Park am Römischen

er den belgischen Bevollmächtigten nahe lege, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen, wenn Belgien nicht volle Entschädigung erhalten würde. Die sozialistisch ePresse beantragt, gegen Clemenceau Sturm zu laufen. Ueber das Friedensprogramm schreibt man wenig.

Paris, 6. Mai. Savas-Neuter. Der „Soir“ meldet: Der Kronrat war gleichfalls der Ansicht, daß wenn beim endgültigen Vertrage nicht durch finanzielle Maßnahmen und durch Zusage diplomatischen Beistandes bei den für Belgiens Sicherheit vordringenden Forderungen die Bedingungen geschaffen, die für die schnelle Wiederaufrichtung Belgiens unentbehrlich seien, die Regierung verpflichtet sei, der Kammer ihren Rücktritt anzugeben.

Paris, 6. Mai. Agence Havas-Neuter. Der Ministerpräsident sagte in einer Erklärung, die er bezüglich des Ergebnisses der Verhandlungen in Paris abgab: „Wir können einer glänzenden Zukunft entgegen sehen, wenn unsere Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete erfüllt werden und die Frage unserer Auswärtigen Angelegenheiten endlich geregelt ist und wenn wir zu einem aufrichtigen wirtschaftlichen Uebereinkommen mit Holland und Luxemburg gelangen.“

Innerhalb des Kronrates herrscht eine Meinung bezüglich der Politik, die verfolgt werden muß, um die Revision des Vertrages von 1839 zu verlangen. Die Kommission der Kammer für auswärtige Angelegenheiten nahm eine Darlegung Symans bezüglich der Pariser Verhandlungen entgegen.

Belgische Agitation in Malmédy. Berlin, 5. Mai. Die „Nation Belge“ vom 2. Mai enthält unter der Ueberschrift „Ein Heubild in Malmédy“ die Angabe, daß dortselbst 2 Millionen Franken auf die belgische Nationalanleihe gezeichnet worden seien.

„Künnungen“ zum Friedensschluß. Sch. Rotterdam, 6. Mai. (Privat.) „Times“ melden aus Paris: Der Oberbefehlshaber der Alliierten-Armee hat alle Urlaube für die Zeit vom 15. bis 20. Mai zurückgenommen.

Sch. Düsseldorf, 6. Mai. (Privat.) Die Belgier ziehen an den Rheinübergängen seit Tagen große Truppenmassen zusammen. Die Rheinbrücken sind mit belgischer Artillerie besetzt.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden. Ein Ultimatum Japans? Basel, 6. Mai. (Privat.) Nach einer Meldung der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ aus autoritativer Quelle hat Japan an Lloyd George und Clemenceau ein in energischem Ton gehaltenes Ultimatum geschickt.

Die Kabelefrage. Versailles, 6. Mai. Einer Pariser Meldung der „Daily Mail“ zufolge ist die Nachricht vertrieht, wonach die deutschen Kabel unter

Faus vorüber bis in die Nähe des Lichtdenkmals und wieder zurück. Da begegneten ihr immer die gleichen alten Herren, einzeln und auch in kleinen Gruppen.

Sie mußte sich erst ein wenig an diese Gemütslichkeit gewöhnen, errödete jedesmal, wenn ein so freundlicher Beifall sie vertraulich anredete, von dem sie weder Stand noch Namen noch irgend das Geringste wußte oder auch nur verlangen trug, es zu erfahren.

Dann lernte Frau Hämmerling auf der Dienstmädchensuche mancherlei Leute kennen, auch Damen ihres Alters, die sie auf das Inländische baten, es doch nicht nur auf dieser losen, geschäftlichen Verbindung beruhen zu lassen.

Dies alles war so heiter und so voller Behaglichkeitszauber, daß es der vom Schicksal wahrlich nicht verwöhnten Frau das Herz wärmte, Rosen auf ihren schmalen Wangen aufblühen ließ und ihre Augen wieder jung machte.

Dann kamen die Kinder. Und bewunderten schon auf dem Bahnhof die Mutter, daß sie so schön geworden sei. Sie wurde rot wie ein junges Mädchen und lachte froh und sagte: „Ja, das macht Weimar und der Mai. Ihr werdet nun auch erleben, wie wunderbar das hier ist, daß man ganz schnell ein anderer wird.“ (Fortsetzung folgt.)

Die Voranschlagsberatungen im Karlsruher Bürgerausschuß.

Karlsruhe, 5. Mai. Die heutige Bürgerausschußsitzung wurde von Oberbürgermeister Siegrist kurz nach 4 Uhr eröffnet. Anwesend waren 87 Mitglieder.

Es lagen kurze Anfragen vor. Zunächst eine solche von Stadtr. Barcoig (Dem.) über den

Verkauf von Pferdefleisch

Wach die Stadt. Wie mitgeteilt, muß die Stadt hierbei 100 000 M. aufbringen. Oberbürgermeister Siegrist teilt hierzu mit, daß der Verkauf von Pferdefleisch auf Antrag des Volkstrats von der Stadt übernommen worden ist, damit auch die Rinderbrennstellen in die Lage kämen, Pferdefleisch einzukaufen. Der Verkauf ist durch die große Spannung zwischen den Preisen von Schlachtpferden und Pferdefleisch, für das ein Höchstpreis festgesetzt war, den die Stadt nicht übersteigen konnte, entstanden. Die Stadt ist für eine Erhöhung der Preise für Pferdefleisch eingetreten. Im übrigen kann man niemanden einen Vorwurf machen, als ob hier irgend welche Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien.

Eine zweite Anfrage war von dem Stadtr. Trautmann (Dem.) über den

Betrieb der Albtalbahn

gestellt worden. In der Anfrage wurde ausgeführt, der Betrieb der Albtalbahn werde immer schlechter. Deshalb sei es empfehlenswert, die städtische Straßenbahn nach Müppurr zu führen. — Der Oberbürgermeister erklärte in Beantwortung dieser Anfrage, die Betriebseinsparung der Albtalbahn sei auf den Kohlenmangel zurückzuführen, der die Albtalbahn genötigt habe, den elektrischen Betrieb einzustellen und die Züge mit Dampflokomotiven zu führen. Es sieht zu hoffen, daß diese Einschränkungen nur vorübergehend sein werden. Mit der Frage der Fortführung der städtischen Straßenbahn nach Müppurr habe sich der Stadtrat noch nicht befaßt. Danach wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Stadtrat Haugel (Dem.) ver kündigte die Rechnungslegung der städtischen Spar- und Pfandleihkassen und der Schulsparkasse für 1917.

Ausführung von Kostbararbeiten

Es folgte die Beratung der städtischen Vorlage über die Ausführung von Kostbararbeiten; hierfür sind in Aussicht genommen der Abruch der alten Betriebsanlagen und Gebäude im Gaswerk I und II (Kurswert 154 380 M.), die Erdarbeiten zur Erstellung von Kanälen beim Schuttalabplatz in der Durlacher-Allee (4140 M.), die Befestigung des Müllhöfens beim Gaswerk und Schaffung von Gartenland an der Reichstraße (73 000 M.) und die Instandsetzung des Wehlparkes (8500 M.).

In der Aussprache über diesen Gegenstand regten Stadtr. Kruse (N. S.) den Bau einer Straßenbahnlinie nach Miltheim und Stadtr. Werner (Sd.) die baldige Entwässerung des Bororis Miltheim an. Oberbürgermeister Siegrist teilte mit, daß die Vorarbeiten hierzu im Gange seien. — Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Auswendungen für die Erwerbslosenfürsorge

Der Antrag des Stadtrats hierzu lautete, der Bürgerausschuß solle genehmigen, daß die der Stadtgemeinde zur Last bleibenden Auswendungen für die Erwerbslosenfürsorge (zwei Viertel der aufgewendeten Summen), die etwa 70 000 M. im Monat ausmachen, aus Anlehensmitteln entnommen werden. Oberbürgermeister Siegrist erklärte hierzu, daß es bei einem längeren Anhalten der Erwerbslosenfürsorge nötig sein werde, diese nicht mehr aus Anlehensmitteln, sondern aus laufenden Mitteln zu bestreiten.

Stadtr. Sturm (Sd.) erklärte sich damit einverstanden. — Stadtr. Kruse (N. S.) beantragte, daß den Erwerbslosen der Eintritt in die Freiwilligen-Reserve empfohlen werde. Das sei unzulässig. — Stadtr. Hipp (Sd.) hebt hervor, daß die Stadtverwaltung alles getan hat, was sie auf Grund gesetzlicher Bestimmungen zu tun in der Lage war. Die beste Arbeitslosenunterstützung ist Gelegenheit zur Arbeit zu schaffen. — Stadtr. Sturm (Sd.) führte aus, es sei schon anerkannt, die Erwerbslosen auf Verdienstmöglichkeiten hinzuweisen. — Nach kurzen Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Gorkmann erklärte Stadtr. Waininger (Dem.), ohne Kohlen könne unsere Wirtschaft nicht in die Höhe gehen und auch keine Arbeitslosen unterstützen. Die Arbeiterführer sollten ihre Parteianhänger darauf hinweisen, wie nötig es sei, daß die Streiks aufhören, damit der Industrie Kohlen gespart werden kann.

Die Auswendungen für die Erwerbslosenfürsorge fanden hierauf einstimmige Annahme.

Die Voranschlagsberatungen.

Die Beratung des Voranschlags für das Jahr 1919 wurde verbunden mit der Vergütung über den außerordentlichen Aufwand im Jahre 1919 und über die Aufrechterhaltung vom Kreditwesen und die Genehmigung von Kreditüberreitungen.

Die Stabsrede des Oberbürgermeisters.

Oberbürgermeister Siegrist leitete die Voranschlagsberatung mit der Mitteilung ein, daß neuerliche Prüfungen die Notwendigkeit einer sachgemäßen Erhöhung der Umlage ergeben haben. Der Stadtrat befaßt sich, eine Erweiterungsvorlage zu stellen, die dahin geht, daß vom Einkommen anteile des vorgezeichneten Steuerfußes von einer für 1919 von 1,20 M. erhoben werden soll. Der Grund hierfür liegt in den neuen Forderungen der städtischen Beamten und Angehörigen, die den Betrag von 2,8 Millionen und nicht wie ursprünglich geschätzt von 1,5 Millionen ausmachen. Andere Städte wie a. B. Mannheim, haben den gleichen Weg eingeschlagen; Mannheim hat einen Einkommensteuerausstoß von 1,65 M. Der Oberbürgermeister führte dann weiter aus:

Meine Herren!

Daß die Gründe für die unerhöhte Steigerung des Steuerwerts nicht in willkürlicher oder ganz leidenschaftlicher Ausgaben liegen, sondern lediglich in der entsetzlichen Teuerung und der dadurch bedingten fortgesetzten Steigerung der Material- und Personalausgaben bedarf keiner weiteren Darlegung. Keine Finanz- und Verwaltungsmacht kann leider hieran etwas ändern.

Nach im Jahr 1916 haben beispielsweise die Ausgaben für Kohlen im Gaswerksvoranschlag sich auf 1 200 000 M. gestellt, jetzt sind wir auf 3 750 000 M. eingeklagt worden. Hier niemand weiß, ob wir damit auskommen, und das Schlimmste ist, daß wir für den hohen Preis weit schlechtere Kohlen mit geringer Ausbeute erhalten.

Die Ausgaben für das Jahresbudget der Straßenbahn sind gegenwärtig von 517 000 M. im Jahr 1916 (Voranschlag) auf 1 533 000 M. im allgemeinen Gemeindevoranschlag (S. 36 h) von 709 000 M. im Jahr 1916 auf 1 500 000 M. im Jahr 1919. Hierbei sind die oben erwähnten noch nicht bewilligten Teuerungszulagen und Lohnsteigerungen noch nicht berücksichtigt. Die Ausgaben für Kapitalzinsen betragen im Jahre 1916 auf 4 079 076 M. im Jahr 1919.

Die Schulden der Stadt, die zum 31. Dezember 1913: 53 Millionen betragen, haben auf 31. Dezember 1918 die Höhe von 89 Millionen erreicht und zwar trotz der auch während des Krieges im laufenden Jahre 1 347 015 und 730 804 M. = 2 077 819 M. zugeflossen sind.

Das Reineinkommen der Stadt, das der Reichsfinanzbericht von 1918 auf 85 Millionen M. berechnet, belief sich nach dem Abschluß des Jahres 1918 auf 82 Millionen M. Für Ende 1918 ist kein Besondere Vermehrung eingetreten. Es ist also im Jahre 1918 nicht eine beträchtliche Vermehrung der Schulden, sondern auch eine Verminderung des Vermögens eingetreten. Die Bewegung der Schulden und des Vermögens wird ja nun anschaulich dargestellt und regelt, als durch die Gestaltung des außerordentlichen Aufwandes beeinflusst, über den sich die Vorlage Nr.

24 verbreitet. Zu diesem bitte ich daher an dieser Stelle einige Bemerkungen machen zu dürfen.

Zunächst ergibt sich aus der Anlage 3 die m. E. erfreuliche Tatsache, daß die Schuldenerwaltung des Jahres 1918 nicht herrührt von der

Tätigkeit des jogenannten Kommunalverbandes der Stadt.

Denn insgesamt hatten die Familien mit der Wirtschaft des Kommunalverbandes betrauten Stellen (Nahrungsmittelamt, Fleischamt, Milchamt, Kartoffelamt, Bekleidungsstelle um) bei einem Gesamtumsatz von etwa 87 Millionen Mark nicht nur kein Defizit, sondern sogar eine kleine Aktiva-Bilanz von 60 000 M. Bedeutet man, daß diese Betriebe erst während des Krieges mit durchweg fremdem Personal geschaffen werden mußten und daß sie ihre äußerst schwierigen, ständig wechselnden und wachsenden Aufgaben mit im Ganzen durchaus befriedigendem Ergebnisse bewältigt haben, so sollte man meinen, die Bürgererschaft müsse die gewaltigen Leistungen der Stadt dankbar anerkennen. Statt dessen wird der „Kommunalverband“ fortgesetzt mit Unfreundlichkeiten und Feindseligkeit behandelt, indem man ihn, statt unsere Feinde, für alle Mängel unserer Versorgung verantwortlich macht. So spricht a. B. der Wahlaufruf der deutsch-nationalen Partei von „Mißbräuchen beim Kommunalverband, die gemeingefährlich“ seien, ohne auch nur die kleinste Tatsache als Beweise dieser verleumderischen und heftigen Behauptung anzuführen. Ich muß gegen diese unschöne und in der gegenwärtigen erregten Zeit höchst verwerfliche Art offizieller Parteilagerungen den härtesten Widerspruch erheben.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Kommunalverbandes wird dann dieses

die Aufhebung der Zwangswirtschaft

verlangt. Meine Herren! Ich habe schon oft erklärt, daß ich den Tag segnen werde, an dem der Stadtverwaltung und mir die Sorge für die Verpflegung unserer 140 000 Einwohner abgenommen wird. Kann aber ein erster Mann wirklich es ernstlich wünschen, daß in jetziger Zeit der größten Knappheit es jedem selbst überlassen werden soll, ob und woher er sich sein Brot, sein Fleisch, seine Milch beschaffen will und kann? Ich fürchte, wir würden dabei einen Zusammenbruch erleben, gegen den Alles bisherige ein Kinderpiel wäre. Hoffen wir aber, daß recht bald die Zeit kommt, in der wir so reichlich vorrätig sind, daß wir die Sorge für sein tägliches Brot wieder jedem Einzelnen von uns überlassen können.

Im Anschluß hieran noch eine Bemerkung über eine andere politische Streitfrage, über die gleichfalls irreführende Behauptungen in dem genannten Aufruf zu finden sind. Es wird dort angedeutet, die Stadtverwaltung beabsichtige, eine Reihe von Handwerksbetrieben zu kommunalisieren, so das Bader-, das Metzger- und das Baugeverbe. Mir ist von einer derartigen Absicht der Stadtverwaltung nichts jezt nichts bekannt geworden. Einig ist der Stadtrat in dem Beschluß, die öffentliche Milchversorgung auch nach Aufhebung der Zwangswirtschaft aufrecht zu erhalten, nicht als eine Gemeindevorrichtung, sondern durch Ausbau der schon vor dem Kriege existierenden Gesellschaft m. b. H., an der freilich die Stadt nach wie vor Hauptbeteiligung sein muß, an der nur aber auch die landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände und die Milchgenossenschaft beteiligt werden sollten. Diese Gesellschaft soll allerdings allein berechtigt sein zum Milchverkauf und Milchvertrieb in der Stadt und hierzu ist allerdings die Erlassung des sogenannten „Kommunalleihgesetzes“ notwendig.

Ob dann in Zukunft etwa auch andere Versorgungsgebiete in weicher gehendener Nähe in gemeinwirtschaftliche Form gebracht werden, hängt ganz von der Gestaltung der Verhältnisse ab, insbesondere davon, ob die rein privatwirtschaftlichen Betriebe in der Lage sein werden, die Bevölkerung ebenso gut und billig zu versorgen, wie dies von einheitlich organisierten Unternehmen erwartet werden könnte. Die Handwerker haben es also im Wesentlichen selbst in der Hand, ihre Interessen zu wahren. Sie werden aber gut tun, dabei nicht lediglich an Alibiangelegenheiten festzuhalten, sondern sich auch der Umgestaltung unserer Volkswirtschaft anzupassen, insbesondere durch genossenschaftlichen Zusammenfluß, wozu ja das Baugeverbe einen erfreulichen Anfang gemacht hat.

Im nun aber nach dieser Abschweifung auf das allgemeine kommunalpolitische Gebiet zu unserer außerordentlichen Wirtschaft zurückzukehren, so sehen Sie aus Anlage 5 der Vorlage 24, daß uns die Familienfürsorge allein im Jahre 1918 mit 3 894 628 Mark belastet hat, wozu noch sonstige Ausgaben aus Anlaß des Krieges (insbesondere Zuschüsse zu den Kosten der Milchversorgung) und für außerordentliche einmalige Feuerunfallzulagen in Höhe von 1 151 920 Mark kommen. Zu bemerken ist, daß für diese außerordentlichen Kriegsausgaben in der Aufstellung des Rechnungsausstoßes für den voranschläglichen Anlehensbedarf in 1919 nichts eingerechnet ist, obgleich sie leider immer noch andauern. Insbesondere macht auch die Fürsorge für die Kriegs-hinterbliebenen der Stadt beträchtliche Ausgaben, die nicht dauernd aus Anlehen bestreiten werden können.

Verdächtig man, daß durch die Fortdauer dieser unerwünschten Bewegung der Steigerung der Schulden bei Stillstand oder Minderung des Vermögens unserer Gemeindevorrichtung aufgehoben wird, während wir gleichzeitig in den nächsten Jahren auf einen beträchtlichen Rückgang der Steuerwerte, insbesondere der gewerblichen Kapital- und Vermögenssteuerverwerte gefaßt sein müssen, so ergibt sich leider ein sehr unerfreulicher Ausblick für die künftige Finanzlage der Stadt.

Nun kommt aber noch hinzu, daß die Städte heute keineswegs mehr Herr ihrer Finanzen sind. Auf der einen Seite sind Reich und Staat fortgesetzt an der Arbeit, den Gemeinden, ohne sie auch nur zu fragen, neue schwere Pflichten aufzuerlegen. Ich erinnere nur an die sogenannte Kriegswirtschaftspflege, die Erwerbslosenfürsorge, die Hauswirtschaftspflege, die uns viele Millionen Ausgaben verursachen. Die Gemeinden werden ferner zu Reichs- und Staatssteuern herangezogen: Kohlensteuer, Umsatzsteuer, obgleich die Steuerbeiträge der Gemeinden wieder durch Gemeindesteuer aufgebracht werden müssen. Auf der anderen Seite nimmt man den Gemeinden ihre eigenen Steuerquellen weg oder beschneidet sie in unerträglicher Weise. So beschneidet das Reich, bei Einführung einer Kapitalertragssteuer den Einzelne und Gemeinden das Recht zur Erhebung einer Kapitalertragssteuer zu nehmen. Sollte dies etwa auch auf unsere Kapitalertragssteuer Anwendung finden, so würde dies für die Stadt Karlsruhe einen Steueranfall von jährlich über 1 600 000 Mark verursachen, wozu noch die Steuerleistung der Stadt von ihrem Kapitalvermögen kommen dürfte, falls auch hierbei für die Gemeinden keine Steuerfreiheit begründet werden sollte.

Von Wein darf die Gemeinde nur 1 Bq., von Bier nur 0,65 Bq. erheben, Beträge die bei den heutigen Preisen ganz lächerlich sind. Es ist ein unerträglich Zustand, daß Reich und Staat fortgesetzt Einbrüche in die Steuerrechte der Gemeinden begehen, während die natürlichen weder das Reich noch den Staat besteuern dürfen. Es muß unbedingt gefordert werden, daß Reich, Staat und Gemeinden sich über gegenseitigen Besteuerung einhalten. Denn die Besteuerung des einen durch den anderen bedeutet nur Lastenverteilung, aber keine Lastenabgabe.

In meinem kurzen Erläuterungsbericht habe ich schon weiter heraus hingewiesen, daß auch

die Staatsumwälzung neue Lasten für die Stadt Karlsruhe

mit sich bringt. Es kann ja wohl nicht geleugnet werden, daß die Befestigung der Monarchie und das Verschwinden der Hofhaltung aus Karlsruhe für das geistige, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben unsere Verluste mit sich gebracht hat. Leider ist es sehr zweifelhaft, ob diese Verluste durch neue Gestaltungen wieder werden ausgeglichen werden können. Es handelt sich ja zum Teil um Kulturwerte, die im Lauf von Jahrhunderten geschaffen wurden. Umso notwendiger ist es, daß wir uns der daraus unserer Stadt entstehenden Schäden bewußt sind und alle Anstrengung zu machen, sie irgendwie zu ersetzen.

Im Einzelnen möchte ich hier vor allem das bisher vom Hof aus Mitteln der Zivilliste unterhaltene

Landestheater

erwähnen. Wie schon seine neue Bezeichnung besagt, bezieht bei der Regierung die Absicht, das Theater als Landesanstalt zu erhalten und wir dürfen uns wohl der Hoffnung hingeben, daß auch der Landtag diese Absicht gutheißt und die Mittel bewilligt, die zur Erhaltung dieses bedeutenden badischen Kunstinstituts im Landesinteresse erforderlich sind. Es wäre ja wohl kein unglückliches Omen, für die kulturelle Zukunft unseres Landes, wenn die neue Landesverwaltung ihre Tätigkeit auf dem Gebiete der Kunstpflege durch die Beförderung der einzigen größeren Kunstanstalt eröffnen wollte, die das Land bisher (durch Vermittlung der Zivilliste) unterhalten hat. Ein Zwang ist dazu auch vom finanziellen Standpunkt umso weniger gegeben, als durch die Aufhebung der Zivilliste ganz bedeutende Mittel erspart werden. Die Stadt Karlsruhe wird allerdings dabei auch selbst mitwirken und beträchtliche Opfer zu bringen haben, da nach Mitteilung des Finanzministeriums nur unter dieser Bedingung Aussicht auf Bewilligung von Mitteln durch den Landtag bestehen soll. Ueber die Höhe des von der Stadt zu leistenden Beitrags schweben noch Verhandlungen. Der Stadtrat ist der Meinung, daß der Stadt Karlsruhe kein höherer Zuschuß auferlegt werden sollte, als der Stadt Stuttgart, b. H. 200 000 Mark. Im übrigen sollen alsbald unter Beteiligung der Stadt auch Verhandlungen über die Neuordnung der künstlerischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landestheaters eingeleitet werden. Es ist zu hoffen, daß es bei richtiger Lösung dieser Frage gelingt, auch das große Defizit des Landestheaters wieder auf eine erträgliche Höhe herabzumindein, was zum Vorteil für Staat und Stadt ist.

Ein geschicktes Zusammenwirken zwischen Staat und Stadt und namentlich eine zweckmäßige Ausnützung der städtischen Räumlichkeiten (Konzerthaus, Festhalle, Stadtpark) ist aber dazu unbedingt erforderlich.

Aber noch eine Reihe anderer

Fragen auf dem Gebiete der Kultur- und Kunstpflege,

die zum Teil schon früher auf ihre Lösung harrten, zum Teil neu aufgebracht sind, werden in Rede gelöst werden müssen. Ich nenne vor allem die Erhaltung und Benutzung des Schlosses und seiner Nebengebäude, des Schloßplatzes, des Schloßgartens mit Palanquartens, des Wildparks und Hartwaldes. Auch hierüber sind Verhandlungen im Gange, die sich auch auf bessere Zugänglichkeit des Palanquartens, bessere Verbindung der Weststadt mit der Oststadt hierdurch und auf die Frage der bewußten Erschließung des zwischen Hirtel und Karl-Wilhelm-Straße gelegenen nicht überbauten Stückes des Palanquartens sowie auf die Erhaltung des Wildparks im Hartwald als Erholungsstätte und Brennstoff-Quelle beziehen. Ich meine weiter die Neuordnung des sehr zurückgebliebenen städtischen Sammlungswezens, eine Frage, die gleichfalls von größter Bedeutung für unsere Stadt ist, deren Lösung nun aber durch den Wegfall von allerhand Hindernissen verschiedener sonstiger neuerdings besserer Umstände, so vor allem die Möglichkeit der Verwertung von Räumlichkeiten des Schlosses dafür, wesentlich erleichtert ist. Es handelt sich dabei sowohl um die sogenannten vereinigten Sammlungen, wie um die Galerie, deren herrliche Schätze nun endlich der Allgemeinheit in zweckmäßiger Weise als bisher erschlossen und nutzbar gemacht werden sollen. Dabei wird auch eine Verständigung über die Abgrenzung der von der Stadt gepflegten Sammlungskategorie zu erfolgen sein. M. E. muß die Stadt auf Beibehaltung ihrer stadtspezifischen Sammlung, und zwar im weitesten Sinne (einschließlich also der speziellen Karlsruher Kunst- und Literatur) sowie auf Beibehaltung ihres Schloß-Museums und Badischen Dichterbüchereis Bedacht sein. Meine Herren! Es kann kein Zweifel bestehen, daß wir unter gelantes Vaterland, so besonders unsere Stadt Karlsruhe in einer kritischen Phase ihrer Entwicklung steht. Die erste Sorge um ihre Zukunft zwingt uns, alle Momente scharf ins Auge zu fassen, die für ihre Zukunft bestimmend sein werden. Ich darf sie versichern, daß der Stadtrat dies bisher mit aller Umsicht getan hat. So hat er insbesondere auch alsbald nach Eintritt des Waffenstillstandes sich den für unsere Stadt so

wichtigen Verkehrsfragen

wieder zugewandt und hat zunächst erreicht, daß der Ausbau der Murgaltalbahn von Rammelsbach bis Klosterreidenbach-Freudenstadt alsbald in Angriff genommen ist. Für den Verkehr nach unferem Hafen ist dies bekanntlich von größter Bedeutung. Notwendig wird sein, daß nach Fertigstellung der Strecke durchgehende Züge von Karlsruhe nach Freudenstadt eingelegt werden.

Sobald die Pfalz wieder zugänglich ist, müssen auch die Verhandlungen über die Erstellung der neuen Rheinbrücke wieder aufgenommen und mit Energie zu Ende geführt werden. Sie soll nicht nur der dringend gebotenen Erleichterung des lokalen und Durchgangsverkehrs mit der Pfalz und dem Saargebiet dienen, sondern auch das große Hindernis beseitigen, das die Schiffsbrücke der Rheinisch-Pfalz-Fahrt bildet.

Im Stadtgebiet selbst steht immer noch die endgültige Gestaltung der Staatsbahnanlagen im Westen und Südwesten der Stadt offen (Westbahnhof Mühlbura).

Die Verhandlungen darüber nähern sich aber nach 13jähriger Dauer endlich dem Abschluß. Dieser ist auch wegen der damit zusammenhängenden Erleichterung von Industrie- und Baugelände, im Mühlburger, Grünwinkler und Durlacher Gebiet sowie wegen des Ausbaus der Straßenbahn dringend notwendig.

Meine Herren! Die Staatsumwälzung läßt aber nicht nur ihre Wirkung auf die wirtschaftliche Lage der Stadt, sondern auch auf ihre Verfassung. Die während des Krieges verschobenen Erneuerungsarbeiten, die demnächst stattfinden, vollziehen sich bereits auf der Grundlage des gleichen und bedeutend ausgedehnten Wahlrechts, das nun insbesondere auch den Frauen zusteht. Darüber hinaus sind aber auch bereits Beratungen im Gange über die

durchgreifende Neuordnung der Städte-Ordnung.

Es steht dahin, welche Gestalt die Selbstverwaltung danach künftighin annehmen wird. Mein Wunsch geht in dieser Beziehung dahin, daß unter Beibehaltung der bewährten verfassungsmäßigen Grundzüge die Gewährleistung möglicher Kräftigung und Bewegungsfreiheit der Verwaltungsorgane, erstrebt wird, da nur so die rationelle Gestaltung weiterer großen wirtschaftlichen Betriebe, in die sich immer mehr das Schwergewicht der Gemeindeverwaltung verschiebt und die in besseren Zeiten hoffentlich auch wieder das feste Rückgrat der Stadt bilden werden, geschaffen werden kann.

Unter allen Umständen aber muß den Städten entsprechend dem in die neue Staatsverfassung § 20 aufgenommenen Grundrecht das Recht der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung in weitestem Umfang als bisher zugesprochen werden. Es müssen insbesondere die zahlreichen Bestimmungen über das Recht der Staatsbehörden zur Genehmigung von Gemeindefeststellungen beseitigt oder auf das absolute Notwendige beschränkt werden. Während der Kriegs- und Revolutionszeit ist vielfach in einer Weise über die Gemeinden verfügt worden, die das Recht der Selbstverwaltung völlig mißachtet hat. Dies muß mit der Rückkehr frieblicher Zustände unbedingt aufhören. Sonst sehen sich die Städte in ihrem Bestande ernstlich bedroht.

Meine Herren! In einer revolutionären Periode wie wir sie jetzt durchleben, gerät nicht nur alles Alte und Geerbachte in den Leuten, auch werden neu Geschaffenes droht alsbald wieder zu fliehen. So ist es eben für Baden eine neue Verfassung geschaffen, die an ihrer Spitze unser Land als selbständigen Bundesstaat bezeichnet. Ihn sind aber Kräfte am Werk, die die Selbstständigkeit Badens zu Gunsten des Nachbarlandes Württemberg beseitigen, eine

Reinigung des Badischen mit dem württembergischen Staate

herbeiführen wollen. Es ist begreiflich, daß man in Württemberg, wo man uns schon lange um unsere Lage am Rhein und unsere Rheinischen Leneidet, für diese Gedanken schwärmt und die letzten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Baden-Württemberg

Zeit, da alle deutschen Grenzen unsicher genug sind, zur Bewirtlichung dienlich möchte. Weniger verständlich ist es aber, daß auch in Baden einzelne Kreise unbefürchtet um die nachteiligen wirtschaftlichen Folgen, die eine solche friedliche „Annexion“ unseres Landes durch den größeren Nachbarn für ganz Baden haben würde, aus einem gewissen Idealismus heraus den Wünschen der Württemberger Sympathie entgegenbringen. Ich glaube doch, Baden wird sich eine solche einseitige Aufgabe seiner Selbstständigkeit zu Gunsten eines einseitigen Nachbarn, der sich dadurch zum Herrn unserer wertvollen Wasserkräfte, Wasserkräfte und Eisenbahnen machen möchte, noch sehr reißlich überlegen müssen, ganz abgesehen, daß wir in der Gegenwart doch viel drückendere Sorgen und dringendere Aufgaben haben und die württembergischen Verkehrsinteressen sich auf viel einfacherem und billigerem Wege durchaus befriedigen lassen.

Meine Herren! Solche und andere Vorgänge beweisen uns, wie wenig fest der Boden ist, den wir heute unter den Füßen haben. Er bebaut vor allem der Festigung dadurch, daß wieder erträgliche und friedliche Beziehungen zwischen unserem Vaterlande und der Außenwelt, einschließlich unserer zahlreichen erbitterten Feinde hergestellt werden. Die nächsten Tage werden auch

Für unsere Stadt und ihre Zukunft
Schicksalstage

sein. Auch wir wollen keinen Frieden, der unser Volk politisch und wirtschaftlich der Willkür der feindlichen Mächte preisgibt. Nach wollen wir aber hoffen, daß unsere Gegner gezwungen werden, vor unserem guten Recht Halt zu machen und sich den von ihnen selbst so emphatisch proklamierten Grundgesetzen der Gerechtigkeit und Freiheit und Selbstbestimmung für alle Völker auch selbst zu beugen! Auch dann aber wird die Zeit schwerster Not in der wir leben, keineswegs so bald befristet sein. Diese Not aber gebietet jedem Einzelnen wie auch dem Staat, Gemeinwesen vor Allen, sich nach der so viel kürzer gewordenen Dede zu strecken. So oft haben führende Männer aller Parteien es ausgesprochen, daß nur die sittlichen Kräfte unseres Volkes, die sich in keinen Arbeitsleistungen offenbaren müssen, unser verarmtes Land und Volk allmählich aus dem betäubenden Tiefstand und Elend unserer Zeit wieder emporzuführen können. So muß heute jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau es als höchstes vaterländisches Gebot erkennen, das höchste und Beste an Pflichterfüllung, insbesondere an Arbeit zu leisten. Die Gesamtheit soll es sich zur Pflicht machen, auf jede Weise die sittliche Energie zu kühlen und zu leiten. Arbeit zu schaffen, in den größten wirtschaftlichen Erfolg zu führen und alle Arbeitskräfte auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten.

Dies muß auch für die Stadtverwaltung die maßgebende Richtlinie ihrer Tätigkeit sein. Möge sie dabei die Unterstützung der gesamten Bürgererschaft finden!

Meine Herren! Wenn die großen pekuniären Anforderungen, welche wir in diesem Jahre des traurigen Unglücks an unsere Mitbürger stellen müssen, in diesem Sinne Verwendung finden und ihre Wirkung üben, dann dürfen wir hoffen, in den kommenden Jahren allmählich wieder zu erfreulicheren Aussichten in unsere Zukunft zu gelangen.

Damit bitte ich um Annahme der Anträge des Stadtrats.

Stadtv. Vorst. Ernst Frey (Dem.)

fürhte zu dem Voranschlag aus, so schwer die Erhöhung der Umlage heute sei, so dürfe man sich doch nicht mit dem Gedanken abfinden, daß damit der höchste Umlagegrad erreicht sei. Angewiesen würde im kommenden Jahr eine übermäßige Umlagerhöhung und wahrscheinlich in derselben Höhe erfolgen. Eine Lösung darüber sei gefällig. Leider sehen wir auch heute noch nicht überall den Willen zur Arbeit und leider müssen wir in dieser ersten Zeit statt Zusammenschluß aller Kräfte Zerstückelung und Selbstzerstückelung erleben. Glücklicherweise sind wir von den schlimmsten Erscheinungen, so dem Bürgerkrieg, verschont geblieben. Lohnende Arbeit ist erstrebenswert, durch Kommunalisierung oder Sozialisierung sei nicht zu machen, nicht einmal für die Milch könne Redner für die Kommunalisierung sprechen. Die Hauptsache sei, daß genügend Milch in die Stadt komme. Gewerbe und Handwerk sollten durch die Stadt geschützt werden. In seinen weiteren Ausführungen sollte Stadtv. Frey dem Oberbürgermeister, den drei Bürgermeistern, dem Stadtrat und der städtischen Beamtenschaft und Arbeiterchaft Anerkennung für die geleistete Arbeit. Namens der Karlsruher Bürgerchaft darf ich ihnen allen herzlichsten Dank aussprechen und hier auch die Lehrerchaft und die Mitbürger und Mitbürgerinnen einschließen, die in uneigennütziger Weise während der Kriegszeit und vielfach auch jetzt noch sich in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben. Ihnen allen unter herzlichster Dank! (Beifall und Zustimmung.)

Son unserer städtischen Landwirtschaft

Hätten wir gerne etwas mehr gehört. Im Voranschlag ist nur verzeichnet, daß der Klosterhof ein kleines Erträgnis abgeworfen hat. Die übrigen landwirtschaftlichen Betriebe erfordern Zuschüsse. Es wäre erwünscht, daß wir etwas Einblick in die städtischen landwirtschaftlichen Betriebe bekämen.

Für das Theater sollen wir 250 000 M im Jahre beisteuern. Dies ist eine gewaltige Summe. Es werden uns da Lasten zugemutet, die wir nicht tragen können.

Die Stadtverwaltung sollte in dieser Frage recht vorsichtig sein. Es ist mir zu Ohren gekommen, die Stadt Karlsruhe sollte das Theatergebäude übernehmen. Das sollte sie nicht tun; sie sollte es sich auch nicht scheuen lassen.

Für die Schulen

geben wir 4,5 Millionen aus. Dieser sehr bedeutende Betrag wird gute Früchte tragen, denn für unsere Jugend ist nichts zu viel.

Zu der Neugestaltung des Gemeindefeldes möchte ich eine größere Bewegungsfreiheit auch für den Bürgerausschuß. Einer Vereinigung von Baden mit Württemberg wird Karlsruhe nicht zustimmen können. Wir gehen in eine neue Zeit. „Fidelitas“ ist der Wahlspruch unseres städtischen Wappens. Treue und Pflichtbewußtsein möge der Wahlspruch sein für die Zukunft. (Beifall.)

Stadtv. Schwerdt (Soz.):

Namens meiner Fraktion kann ich erklären, daß wir dem Voranschlag zustimmen. Zu der Frage der Verschmelzung Badens mit Württemberg hat unsere Fraktion noch keine Stellung genommen. Ich kann mich deshalb dazu nicht äußern. Für die Arbeiterchaft kann ich die Versicherung abgeben, daß sie, sind erst einmal wieder Lebensmittel und Nachschub in genügendem Maße vorhanden, ihre volle Kraft für den Wiederaufbau einsetzen wird. Heute fehlt uns jener Reservefonds, der dessen Gründung der verstorbenen Stadtrat Kolb seiner Zeit in guten Tagen aufgefordert hat. Damals wurde sein Vorschlag verachtet. Heute wären wir um einen solchen Reservefonds froh, denn er könnte uns gute Dienste leisten. Sehr beauerlich ist es, daß das Nahrungsmittelamt für die ausländischen Lebensmittel so hohe Preise festgesetzt hat. Den Kinderbewilligten ist es dadurch unmöglich, diese Lebensmittel zu kaufen. Nicht minder beauerlich ist, daß den an der Kriegseisprung beteiligten Personen noch Kartoffelmarkten abgenommen werden.

Zur Wohnungsnot

sollte härter vorgegangen werden. Die Regierung sollte möglichst die Militärbehörden aus den Privatwohnungen entfernen und die Stadtverwaltung sollte in Villen und großen Wohnungen, die nur von zwei bis drei Personen bewohnt werden, neue Wohnmöglichkeiten schaffen.

In seinen weiteren Ausführungen regte der Redner eine Vereinfachung des Verwaltungssystems an und behauptete, daß man auf dem Rathaus vom Geist der neuen Zeit noch nichts merke. Er begrüßte die Einheitschule und bat in der Gewährung der Vereinfachung nicht so engherzig vorzugehen. Einer weiteren Steigerung der Krankenkassenbeiträge werde die jüd. Fraktion nicht zustimmen. Mel zu hoch seien die Eintrittspreise für den Stadtpark und für die Bäder. Dem Dank an die städtischen Beamten und Arbeiter schloß sich der Redner an.

Stadtv. Neumann (Dem.)

befachte sich mit der Finanzwirtschaft der Stadt. Reich und Einzelstaaten greifen überall ein, so daß die Gemeinden das Nachsehen haben. Eine Regelung ist hierin dringend notwendig. Wenn die Städte nicht eine so gesunde Finanzwirtschaft betreiben hätten, wären sie über diese schlimmen Zeiten nicht hinweggekommen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft wird nur mit Vorsicht durchgeführt werden können.

In unserer Elektrizitäts-Versorgung zeigen sich jetzt die großen Vorteile der Wasserkraft-Elektrizität gegenüber der Kohlen-Elektrizität. In der Verschmelzungsfrage Baden und Württemberg meinen Sie meinen Standpunkt. Ich lehne die Verschmelzung ab, nicht allein vom Karlsruhe Standpunkt aus, sondern weit ich keinen zweiten Großstaat, wie Bayern will, der einen Keil in unsere Reichseinheit treiben kann. Baden hat zudem in den 100 Jahren seines Bestehens sich das Recht der Selbstständigkeit erworben.

Auf Schulfragen übergehend wünschte der Redner, daß in der Schule wieder mehr Ruhe einziehe.

Die Schwierigkeiten in der Einheitschule sind derzeit groß, daß heute niemand eine Lösung findet. Die Draconenlaserne würde sich sehr gut für eine Schule eignen. In der Theaterfrage scheint mir der Herr Oberbürgermeister den richtigen Standpunkt einzunehmen. Erfreulicherweise sind Wildpark und Kasanengarten dem allgemeinen Besuch freigegeben. Man muß aber wünschen, daß sich die Jugend dort, wie im Hardwald gestillt aufhält und keine Verwüstungen anrichtet.

In seinen Schlussworten warf der Redner einen Rückblick auf die Entwicklung der Stadt Karlsruhe. Er gedachte dabei Großherzog Friedrich I., des Schöpfers der Karlsruher Kunst und betonte, daß neben dem Fürstentum die Bürgerchaft aus eigener Kraft mit Unterstützung des Staates sich zu seiner heutigen Blüte emporgehoben habe. Heute künden wir am Ende einer Zeitepoche in der Entwicklung der Stadt, mögen diejenigen, die künftig die Geschicke leiten durch die Tat beweisen, daß ihnen derselbe Bürgerstimm eigen ist, der bisher der Stadt Karlsruhe zur Entwicklung verholfen hat. Mit diesem Wunsch schloß Stadtv. Neumann seine Ausführungen.

Sie wurde um 9 Uhr die Beratung abgebrochen. Fortsetzung der Voranschlagsberatung: Dienstag, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Aus Baden.

Karlsruhe, 4. Mai. Die Presseabteilung der badischen Regierung, welche dem Ministerium angegliedert ist, hat am 2. Mai ihre Tätigkeit auf erweiterter Grundlage aufgenommen. Es obliegt ihr die Aufgabe, der Regierung die Stellungnahme der Zeitungen des badischen Landes zu den politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Fragen der Gegenwart in tunlichst lückenloser Form zu übermitteln. Zugleich soll sie den Presseorganen aller Parteien die Möglichkeit gewähren, sich jederzeit an die Presseabteilung zwecks Auskunftserteilung und Anfragen wenden zu können.

Abschluß der Auseinandersetzung mit dem Großherzoglichen Hause.

.. Karlsruhe, 6. Mai. Am 3. Mai traten beim Notariat II in Karlsruhe die Herren Präsident v. Engelberg als Bevollmächtigter des Großherzogs Friedrich von Baden, der Großherzogin Hilde und der Großherzogin Luise, Freiherr von Radtzig als Bevollmächtigter des Prinzen und der Prinzessin Marg von Baden, Minister a. D. Dr. Gähle als Pfleger der Prinzessin Maria Alexandra und Ministerialdirektor Duffner als Pfleger des Prinzen Berthold, ferner die Herren Staatspräsident Geis, Finanzminister Dr. Wirth und Ministerialrat Sammet als Vertreter der badischen Staatsregierung zum Zweck des Abschlusses des Vertrags zwischen dem badischen Staat und dem vormaligen Großherzoglichen Hause über die Auseinandersetzung bezüglich des Eigentums am Domänenvermögen zusammen. Am die Mittagsstunde wurde der Vertrag von sämtlichen genannten Herren unterzeichnet; er tritt sofort in Kraft. Die Auseinandersetzung zwischen dem badischen Staat und dem früheren Landesherren Hause ist damit abgeschlossen.

Der Tarifvertrag mit den bad. Eisenbahnarbeitern vor dem Haushaltsausschuß.

Karlsruhe, 6. Mai. Der Haushaltsausschuß des badischen Landtags hielt gestern nachmittags eine Sitzung ab, in welcher von dem Finanzminister Dr. Wirth der zwischen der Generaldirektion und dem bad. Eisenbahnerverband sowie dem Verband des deutschen Verkehrspersonals (Gau Baden) abgeschlossene Tarifvertrag vorgelegt wurde.

Dieser Tarifvertrag bringt für die Arbeiter nicht nur eine anscheinliche Lohnerhöhung, sondern auch eine Reihe von Verbesserungen auf sozialem Gebiet. Der Tarifvertrag gilt vorläufig auf 1 Jahr mit Wirkung vom 1. März ab und kann jährlich verlängert werden bei beiderseitigem dreimonatlichem Kündigungsrecht. Bei der Beratung des Tarifs wurde nicht verschwiegen, daß damit eine neue schwere Belastung unserer Staatsfinanzen verbunden ist, die auf 44 Millionen Mark jährlich geschätzt wird und wofür eine Deckung nicht vorhanden ist. Diese Mehrausgabe muß also wieder auf Anleihe übernommen werden und es ist noch nicht abzusehen, wohin wir mit dieser Schuldenwirtschaft treiben.

Der Haushaltsausschuß wird zu dem Tarif erst Stellung nehmen können, wenn derselbe in den einzelnen Fraktionen durchbesprochen ist. Dies soll mit aller Beschleunigung geschehen.

Der Finanzminister und der Generaldirektor gaben dann noch Auskunft über die Verhandlungen wegen Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich. Diese kann nur im Vertragswege erfolgen und die Regierung vertritt alles zu tun, um die besonderen badischen Interessen auf das nachdrücklichste zu wehren, insbesondere soll das Recht der Verwendung des bad. Beamten- und Arbeiterpersonals im Lande sowie die Errichtung einer bad. Generaldirektion in Karlsruhe verlangt werden. — Heute Dienstag nachmittag wird der Haushaltsausschuß seine Beratungen fortsetzen.

Badische Chronik.

☞ Kallat, 6. Mai. Der Orden Pour le Merite wurde in den letzten Tagen nach mancherlei Bedenklichkeiten Herrn Oberstleutnant Kaether, vor dem Kriege beim Jägerregiment Nr. 40 hier, zuletzt Kommandeur des Reg.-Inf.-Regts. 239, zugest. Dieser höchste Kriegsverdienst war Herrn Oberstleutnant Kaether durch A.L.D. vom 8. 11. 18, also am Tage vor der Abreise des Kaisers nach Holland, verliehen worden. In den Umsturztagen gingen jedoch Orden und Verleihungsurkunde verloren. Erst Anfangs März erhielt der Beliebte überhaupt Kenntnis von der ihm guttelt gewordenen Auszeichnung, als er von der Generalordenskommission in Berlin ein Schema überhandt erhielt, auf dem er die Aushängung des Ordens bescheinigen sollte. Da diese Bescheinigung nicht erfolgen konnte, wurde jetzt Herr Oberstleutnant Kaether ein neuer Pour le Merite und eine Zweifelschrift der Verleihungsurkunde überhandt.

☞ Müngesheim b. Bruchsal, 6. Mai. Ein schwerer Raubüberfall hat sich in einer der letzten Nächte hier ereignet. Bad nach Mitternacht wurde der Landwirt Heinrich Schüle aus dem Schläfe geweckt. Vor ihm standen vier verummte Gestalten. Die Einbrecher bedrohten den Landwirt und seine Frau mit Messer und Revolver und erprezten von ihm bares Geld in Höhe von 1 300 M. Während der Ausführung des Raubes hielten drei bis vier andere Burtschen em Jose Wache.

☞ Heidelberg, 6. Mai. Beim Aufspringen auf einen in Fahrt nach Eppelheim befindlichen Straßenbahnwagen stürzte der 41jäh. Landwirt Gustav Gruber aus Müdenloch ab und wurde vom Anhängewagen überfahren. Dabei wurde das linke Bein unterhalb des Knies völlig abgetrennt. Das rechte Bein wurde verletzt, daß es abgenommen werden mußte. — Wie das „Heidelb. Tagbl.“ berichtet, wurden in einem Lager der Militärverwaltung 1000 Zentner Fett gefunden. Die Ware ist zum Teil schon stark mit Schimmel befallen. Offenbar ist das Fett unterschlagen worden und sollte im Wege des Schleichhandels abgesetzt werden.

☞ Singen-Obertwiel, 6. Mai. Im Schaffhauser Bahnhof wurde ein Passagier verhaftet, der goldene Uhren im Werte von 47 000 Fr.

über die Grenze schmuggeln wollte und der deutsches Geld im Werte von 16 000 Mark bei sich trug. Jüngst ist auch ein Dolmetscher der schweizerischen Bundesbahn, der mit dem badischen Personalausweis fuhr, beim Schmuggeln erklappt worden.

☞ Furtwangen, 5. Mai. Eine Vollversammlung des Rates nahm einstimmig eine Entschließung an, in der ein vollständiges Verbot des Fremdenverkehrs (Ausgäste) gefordert wird.

Jahresbericht des Badischen Schwarzwaldbereins

☞ Freiburg, 5. Mai. Für die am nächsten Sonntag hier stattfindende Hauptversammlung und zugleich Hauptversammlung des Bad. Schwarzwaldbereins hat die Vereinsleitung den Jahresbericht ausgearbeitet, der jetzt erschienen ist. In ihm wird ausgeführt, daß das Unglück, welches über Deutschland durch den ungünstigen Ausgang der Kriegsverhandlungen ist, auch auf den Schwarzwaldbereins wirken wird, der sich wirtschaftlich Einschränkungen mancherlei Art wird auferlegen müssen. Immerhin hofft der Verein seine Arbeiten in weitestem Umfang wieder aufnehmen zu können. Dazu gehört vor allem die Wiederinstandsetzung sowie Ergänzung der Wegmarkierungen und Wegweiser, der Erneuerung der Schutzhütten, Ausflugsstätten und Ruhebänke usw. und die Wiederherstellung der Wege, Brücken und Schutzhütten. Als eine weitere dringende Aufgabe steht der Verein die Errichtung von Jugendherbergen an, durch die dafür gesorgt werden soll, daß die Jugend zur Freude an der Natur erzogen, aber, ob arm oder reich, draußen Unterhalt und Lebenserziehung findet. In den besonderen künftigen Aufgaben des Vereins sollen dann die Aufgaben des Verkehrs gehören. Auch der Schwarzwaldbereins wird neuen Bahnprojekten, wie der Schauinslandbahn, der Weiterführung der Elzalbahn, der Bahnverbindung Titisee—St. Blasien, ferner der Kraftwagen- und schließlich auch dem Luftverkehr seine volle Unterstützung zuwenden. Der Bericht teilt dann weiter mit, daß der Freizeitsport auf dem Feldberg wieder völlig dem Wanderverein zugänglich ist. Das bedeutende Werk „Pflanzenleben im Schwarzwaldbereich“ infolge der Schwierigkeiten in der Drucklegung noch nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Finanzen des Schwarzwaldbereins sind günstig.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 6. Mai

(1) Die Kleinverkaufspreise für die ausländischen Lebensmittel sind, wie amtlich darauf hingewiesen wird, so niedrig wie möglich festzusetzen. Die Kommunalbehörden dürfen lediglich ihre Selbstkosten berechnen; sofern sie mit der ihrer Stellung entsprechenden Unterhaltung an die Kleinverkäufer den Großhandel betrauen, darf ihm keine höhere Vergütung bewilligt werden, als wenn die Unterhaltung durch den Kommunalverband selbst erfolgen würde. Die Kleinverkäufer dürfen beim Speck 30 Pf. für das Pfund, bei Wurst 12 Pf. für das Pfund nicht übersteigen. Hinsichtlich des Preises für die Fleischstücke für Speisefische bestimmt, daß der innerhalb der Spanne zwischen dem Einstandspreis als Großhändler der Reichsstelle und dem Kleinverkaufspreis liegende Gesamtschlag nicht höher sein darf, wie beim Verkauf von Margarine.

(2) Vermögensverzeichnisse. Zur Zeit werden den Vermögensverzeichnissen der Vorbrude in den Vermögensverzeichnissen aufgestellt, die nach der Verordnung der Reichsregierung vom 18. Januar 1919 aufgestellt werden müssen. Danach muß zwar grundsätzlich jede Person, die Vermögen im Sinne des Vermögensgesetzes besitzt, ein solches Vermögensverzeichnis aufstellen; aber es werden vermuthlich nur die Personen, die nur ein Vermögen von geringer Höhe besitzen, teils Vermögensverzeichnisse eingereicht. Das Reichsfinanzministerium hat es daher als unbedenklich bezeichnet, daß Personen, deren Steuerbescheid Vermögen den Betrag von etwa 10 000 Mark nicht übersteigt, den Vermerk für das Vermögensverzeichnis nicht ausfüllen. Im übrigen müssen die Verzeichnisse bis zum 31. Mai d. J. aufgestellt sein. Wann und bei welcher Behörde sie eingereicht sind, wird später bestimmt werden.

(3) Die Reichsärztliche Vereinigung veranfaßt am Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, in der Christuskirche einen Vortragsabend für unsere Kriegsgefangenen Brüder. Der Vortragsabend unter dem Vorsitz von Dr. Köpfer bringt eine Reihe entsprechender Vorträge zum Vortrag. (Siehe Inserat.)

Baden im Film.

Karlsruhe, 5. Mai. Die Deutsche Lichtbild-Gesellschaft, ein gemeinschaftliches Unternehmen, das von einer größeren Zahl bedeutender Organisationen, darunter auch dem Bund Deutscher Kamerabereine, gegründet ist, besu. unterstützt wird, hat sich die dankenswerte Aufgabe gestellt, deutsche Art und deutsche Sitten, die Betätigung des deutschen Handels und der deutschen Industrie sowie die Schönheit unseres deutschen Landes im Film aufgenommen und der breiten Öffentlichkeit, naturgemäß auch der des Auslandes, vor Augen zu führen. Unter Heimatland Baden hat an diesem Unternehmen einen ganz besonderen wirtschaftlichen Interesse, da diese Filmproduktionen selbstverständlich für die Steigerung des Fremdenverkehrs ein wertvolles Moment bilden und noch kaum irgendwo der Fremdenverkehr von so außerordentlich großer Bedeutung für das gesamte wirtschaftliche Leben ist, als gerade bei uns. So ist es selbstverständlich, daß die badische Landesregierung auf die Angelegenheit hervorragen interessiert ist und der deutschen Lichtbildgesellschaft Förderung angedeihen läßt, soweit ihm dies nur irgend möglich ist.

Zu gestern, Sonntag, vormittag hatte der Verkehrsverein Karlsruhe im Auftrage des Landesverbandes die Mitglieder dieses Landesverbandes, ferner Vertreter der Staatsbehörden, der Presse und sonstiger einflußreiche Kreise in das hiesige Residenztheater eingeladen, um dort durch Vermittlung des Herrn Otto Kasper eine Auswahl von Baden's Naturidylken und Baden's Industrie und Gewerbe, ferner geistreichen Filmen zu zeigen. Herr Stadtrat Oertgen gab der Begegnung eine kurze Lebensfrist über die Zwecke und Ziele der in diesen Lichtbildgesellschaft und betonte, daß es sich in jetziger Zeit in erster Linie um Vorbereitungen handelte, die zu einem Wiederaufbau unseres wirtschaftlichen Lebens dienlich sein werden. Man sei optimistisch genug, zu glauben, daß nach diesem furchtbaren Weltkrieg neuerer Verkehr wiederum neue Bahnen öffnen wird.

Es schloß sich hieran die Vorführung einer großen Anzahl trefflicher Lichtbild-Aufnahmen von Donaueschingen, Triberg, Titisee, Baden-Baden, Billingen usw., die sämtlich die Natur-Idylken des badischen Landes in bester Art schilderten und bei ihrer Weiterverbreitung ohne Zweifel dazu dienen werden, auch dem gansen Art und Werkbefleiß, der Industrie und dem Handel, wie der gansen Art und Sitten unseres badischen Volkes neue Achtung und Sympathien im weitesten Kreise zu verschaffen.

Vermerk sei hierzu noch, daß der Verkehrsverein Karlsruhe hiesige Lichtbilder auch von Badens Hauptstadt vorbereitet, für deren fernereitige Vorführung Herr Kasper ebenfalls sein Theater zur Verfügung stellt hat.

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehre ich mich um Fortsetzung der Beratung des Voranschlags für 1919 und zur Festlegung des Restes der Tagesordnung für die heutige Sitzung am morgen, Dienstag, den 6. Mai d. Js., nachmittags 4 Uhr, in den großen Rathsaussaal einzuladen.

Karlsruhe, den 5. Mai 1919.

Der Oberbürgermeister.

PHENOLAX
das neue wohlschmeckende
Abführmittel
überall erhältlich

Kundenliste für Speck- und Fettverteilung.

Den neuen Speckmarken für die Verlorenen... Die Speckmarken sind für jeden Haushalt eine besondere Speck-Ausweise...

Kriegsverpflegung.

Spezialabteilung für die Kriegsverpflegung... Die Abteilungen sind für die Versorgung der Soldaten...

Bekanntmachung.

Zur Kenntnis der Bürger... Die Bekanntmachung betrifft die Verwaltung der Gemeinde...

Grundstücks-Zwangversteigerung.

Grundstück: Gemarkung, Karlsruhe, Nr. 4000f... Die Versteigerung erfolgt am 15. Mai 1919...

Fahrnis-Versteigerung.

Donnerstag, den 15. Mai, nachmittags 2 Uhr... Die Versteigerung betrifft die Fahrnisse der Gemarkung...

Verkauf eines Wohnhauses mit großem Garten.

Am Montag, den 12. Mai d. J., nachmittags 4 Uhr... Das Haus befindet sich in der Gemarkung...

Große Inventar-Versteigerung.

Donnerstag, den 9. und Freitag, den 9. Mai... Die Versteigerung betrifft ein großes Inventar...

Emil Herr.

Emil Herr, Karlsruhe... Die Adresse ist Kaiserstraße 32.

Freikorps Hilfen

Freiwillige aller Waffen... Bekannte Bedingungen. Militärpapiere mitbringen. Hauptwerbbeamte Durlach...

Weltbrüderpartei

Zur Gründung einer Weltbrüderpartei... die das Ziel hat einen ewigen Weltfrieden zu stiften...

Militärmäntel, Röcke u. Gehrocke

A. Tschann, Leopoldstr. 35... wird umgearbeitet, umgearbeitet, umgearbeitet...

Zentralbüro

Karlstr. 28. Fernruf: Nr. 4166... Elektr. Licht Kraft Telefon-Klingel-Anlagen...

Felle

Kanin, Hasen, Hirsch, Reh, Füchse, Geißen, Zigel etc. M. Kleinberger...

Wir suchen Dimensionshölzer

größere Mengen kostengünstig geschnittene in Fichten und Tanne in Längen von 3-7 m...

An- u. Verkauf gebrauchter Maschinen

wie Motore, Drehbänke, Holzbearbeitungsmaschinen... O. David Karl-Wilhelmstr. 38.

Weintraubs

Empfehle mich zum Verkauf von Offiziersuniformen, Wägen, Schmuckgegenständen...

Neiratsgesuche

Heirat - Schweiß... Heirat... Heirat... Heirat... Heirat...

Heirats-Gesuch

Heirat... Heirat... Heirat... Heirat... Heirat...

Heirat

Heirat... Heirat... Heirat... Heirat... Heirat...

Heirat

Heirat... Heirat... Heirat... Heirat... Heirat...

Heirat

Heirat... Heirat... Heirat... Heirat... Heirat...

Heirat

Heirat... Heirat... Heirat... Heirat... Heirat...

Heirat

Heirat... Heirat... Heirat... Heirat... Heirat...

Heirat

Heirat... Heirat... Heirat... Heirat... Heirat...

Elegante Waschblusen in guten Stoffen zu mäßigen Preisen. Blusenhaus Weiss. 221 Kaiserstrasse 221, 1 Treppe.

Ro'e + Lotterie. Nächste garantierte Ziehungen! 37000, 20000, 15000. Eberhard Fejer, Karlsruhe i. B., Ostenstr. 6.

Spez-Reparatur-Werkstätte elektr. Maschinen u. Apparate. Wir übernehmen sämtl. Reparaturen...

Daniels Konfektionshaus. Frühjahrs- und Seiden-Mäntel, Seiden- und Moire-Jacken...

Seidenbänder in grosser Auswahl Geschw. Binfefeld, 38 Kaiserstrasse 38.

Büro-Möbel. erstkl. Rohstoffe liefert preiswert Emil Ros, Karlsruhe, Geranienstrasse 15.

Dachpappe, Carbolinum, Leerprodukte, Stampfasphaltplatten, Zementplatten.

Rhein. Asphalt- und Zementplatten-Fabrik G.m.b.H. Karlsruhe-Gasfen.